

Taten statt Sonntagsreden - Arbeitsverbot für Flüchtlinge aufheben



Seit Samstagnachmittag protestieren bis zu hundert, zum Großteil aus dem Sudan stammende Flüchtlinge in Hannover für bessere Lebensbedingungen. Sie fordern ein Ende der Einschränkungen des „Asylbewerberleistungsgesetzes“. Die hannoversche FDP-Landtagsabgeordnete Sylvia Bruns fordert anlässlich des Protestcamps von Asylsuchenden in Hannover ein Ende des faktischen Arbeitsverbots für Flüchtlinge.

„Die Menschen wollen kein geschenktes Geld. Sie brauchen eine Chance auf eine Existenz“, sagt Bruns. Deshalb setze sich die FDP-Fraktion dafür ein, dass die Migranten auch hier arbeiten dürfen - unabhängig von ihrem Status. „Selbst seinen Lebensunterhalt verdienen zu können ist wesentlicher Teil der Menschenwürde“, so die FDP-Abgeordnete.

Es helfe Flüchtlingen nicht, in Sonntagsreden ihr Leid zu beklagen aber nicht konkret zu helfen, erklärt Bruns. Grüne und SPD sprächen seit eineinhalb Jahren von einem Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik in Niedersachsen. „Passiert ist seitdem zu wenig.“ Stattdessen ziehe es Ministerpräsident Weil vor, an einem Tag in der Aufnahmebehörde für Asylbewerber zu arbeiten. „Das gibt schöne Bilder in der Presse und wirkt so, als ob er sich um die Probleme der Flüchtlinge kümmert. Tatsächlich aber hilft das keinem Flüchtling, seine Lebenssituation in Niedersachsen zu verbessern“, so Bruns.

